

7,8 Millionen für die Fusion

ST. GALLER KANTONS RAT.

Insgesamt 22,7 Millionen Franken sprach das Parlament gestern für Fusionsprojekte. Auch das Linthgebiet profitiert.

SARAH GAFFURI

Da durch die Rücktritte von Benedikt Würth (CVP) und Hansruedi Spiess (FDP, beide Rapperswil-Jona) dem Wahlkreis See-Gaster zwei Kantonsräte fehlen, rückten gestern Yvonne Suter (CVP, Rapperswil-Jona) und Peter Zuberbühler (FDP, Uetliburg/Gommiswald) nach.

Zuberbühler war bereits von 2003 bis 2008 im Kantonsparlament und durfte, kaum vereidigt, bereits ein grosses Geschenk nach Hause mitnehmen: Der Rat bewilligte für die Fusion von Gommiswald, Ernetschwil und Rieden 7,8 Millionen Franken als Förderbeitrag. Die kantonal einzigartige Fusion der drei politischen mit den vier Schulgemeinden macht Gommiswald-Ernetschwil-Rieden zur viertgrössten Gemeinde im st.-gallischen Linthgebiet. 4900 Einwohner wird die neue Einheitsgemeinde haben. Das Parlament trat einstimmig auf die Vorlage ein und hiess sie diskussionslos gut.

Würzer neuer Kantonsrichter

Auch das Fusionsprojekt von Wil und Bronschofen erhielt maximal 14,8 Millionen Franken zugesprochen. Mit 22 000 Einwohnern wäre die Stadt



Mit Yvonne Suter (links) und Peter Zuberbühler ist das Linthgebiet wieder vollständig im Parlament vertreten. Bild: Regina Kühne

dereinst die drittgrösste im Kanton, hinter St. Gallen und Rapperswil-Jona.

Der Kantonsrat wählte Walter Würzer (FDP, Staad) zum neuen Kantonsrichter. Er erhielt 62 Stimmen und liess damit mit 12 Stimmen Vorsprung seinen SVP-Konkurrenten Ivo Kuster (Arnegg) hinter sich. Die sieben bisherigen Kantonsrichter und eine bisheri-

ge Kantonsrichterin, die für eine weitere Amtsdauer bis 2017 antraten, wurden klar wiedergewählt.

Olma erhält mehr Geld

Der Kanton beteiligt sich mit 1,2 Millionen Franken an der Aufstockung des Genossenschaftskapitals der Olma-Messen. Geplant ist der Bau eines Kongress- und Konferenzgebäudes

samt Hotel auf dem Olma-Areal. Auch diese Vorlage war unbestritten.

Vor dem Ratsgebäude überreichten die Personalverbände des Staatspersonals eine Petition mit 3700 Unterschriften. Damit drückten sie die Unzufriedenheit ihrer Mitglieder aus. Diese sind enttäuscht über das neue Personalgesetz, das der Kantonsrat im November verabschiedet hat.